

Verantwortung im Städtebau im Umgang mit Bestand, Leerstand, Ressourcen und räumlichem Erbe

Karina Brünner, Eva Schwab, Aglaée Degros

(DI Karina Brünner, TU Graz, Institut für Städtebau, Rechbauerstraße 12, karina.brueenner@tugraz.at)
(Ass. Prof. DI Dr. Eva Schwab, TU Graz, Institut für Städtebau, Rechbauerstraße 12, 8010 Graz, eva.schwab@tugraz.at)
(Univ. Prof. Aglaée Degros, TU Graz, Institut für Städtebau, Rechbauerstraße 12, 8010 Graz, a.degros@tugraz.at)

DOI: 10.48494/REALCORP2026.1133

1 ABSTRACT

Dieses Paper beschreibt, wie die Verantwortung im Städtebau und in der Architektur aus heutiger Sicht verstanden werden soll, insbesondere in Bezug auf bestehende Bausubstanzen, Leerstände, Ressourcenknappheit und räumliches Erbe. Die zentrale empirische Grundlage stammt aus den Tischgesprächen: einem interdisziplinären Diskussionsformat, das sich mit Strategien für Leerstand und öffentlichen Raum im demographischen Wandel auseinandersetzt und Akteurinnen und Akteure aus Forschung, Verwaltung, Planungspraxis, Kultur und Zivilgesellschaft zusammenbringt. Studentinnen, Studenten, Absolventinnen und Absolventen der TU Graz haben in ihren Vorträgen verschiedene Perspektiven zur Thematik präsentiert und somit Impulse für die Diskussion geliefert. Aus diesen Gesprächen ging hervor, dass verantwortliches Entscheiden im Städtebau weniger allein aus formalen Richtlinien entsteht, sondern sich in konkrete Aushandlungsprozessen unter begrenzten Handlungsspielräumen herausbildet: zwischen räumlichem Potenzial und politischen Zwängen, zwischen wirtschaftlichem Druck und sozialen Erwartungen sowie zwischen langfristigen Visionen und kurzfristigen Bedürfnissen. Dabei wurde wiederholt ein Ohnmachtsgefühl kommunaler Akteurinnen und Akteure sichtbar, das häufig defensive, situationsbedingte Handlungsweisen begünstigt und gestaltende Ansätze erschwert. Diese alltäglichen Entscheidungen prägen die Entwicklung und das Erbe von Orten in der Steiermark – insbesondere in Kleinstädten, periurbanen Räumen und ländlichen Regionen, die einem stetigen Strukturwandel unterliegen.

Unterstützende Erkenntnisse stammen aus einem parallelen Seminar der Doctoral School, in dem Vorträge und Diskussionen mit Winfried Nerdinger (Architekturhistoriker) und Ward Verkabel (Professor KU Leuven) zusätzliche theoretische Perspektiven lieferten.

Nerdingers Perspektive fügt dem Inhalt eine historische und moralische Dimension hinzu. Seine Thesen zur Rekonstruktion und zur Politik der gebauten Vergangenheit betonen, dass jeder Eingriff in die bestehende Struktur zwangsläufig auch ein Eingriff in das räumliche Erbe ist. Somit betont er, wie Gesellschaften sich an Teile ihrer Geschichte erinnern, diese interpretieren und manchmal auch auslöschen. Diese Sichtweise verdeutlicht, wie Entscheidungen über Anpassung, Erhaltung oder Abriss eine spezifische historische und gesellschaftliche Verantwortung implizieren, die über Richtlinien wie Bauverordnungen und Denkmalschutz hinausgehen.

Verkabels Begriff des Village Chatter ermöglicht es, räumliche Transformation als einen prozesshaften Dialog zu verstehen. Dieser Dialog entsteht aus lokalen Praktiken, Mustern und gemeinsamem Vokabular und steuert die Erwartungen und Entscheidungen. Diese Perspektive hilft, viele der in den Tischgesprächen aufgeworfenen Fragen, wie der Nachverdichtung über die Typologien bis hin zur sozialen Bedeutung von Schwellen und Gemeinschaftsflächen – als Produkte von Verhandlungen und nicht als vorgeschriebene Entwürfe zu interpretieren.

Zusammen bilden diese drei Komponenten – die gewonnenen Erkenntnisse aus den Tischgesprächen, Verkabels Konzept der Planungskultur und Nerdingers Verständnis des kulturellen Erbes – die Grundlage für ein differenziertes Verständnis verantwortlichen Handelns im Städtebau. Dieses Verständnis verantwortlichen Handelns erscheint nicht als festes, unveränderbares Prinzip, sondern vielmehr als eine prozessorientierte Haltung, die durch Spannungen geprägt ist. Diese Herausforderungen treten insbesondere im Bereich der Erhaltung, Anpassung und ressourcenschonender Weiterentwicklung sowie im Verhältnis von räumlichen Möglichkeiten und sozialen Gegebenheiten. Zudem ist eine Balance zwischen Identitätsschutz und Veränderungen sowie Zusammenwirken von lokalem Wissen und formalen Strukturen erforderlich.

Dieser Beitrag behandelt Themen wie den Umgang mit Leerstand, qualitative Bestandsentwicklung, räumliche Gerechtigkeit und die Verbindung von räumlichem Erbe mit vorausschauender Planung. Er zeigt,

dass nachhaltige und verantwortungsvolle Lösungen dort entstehen, wo ein Austausch unterschiedlichster Wissensformen aufeinander treffen – fachliche Expertise, administrative Erfahrung, soziale Perspektiven und kulturelle Erinnerungen. Der Beitrag schließt mit der These, dass verantwortliches Handeln im Städtebau nicht durch Verordnungen zu erreichen ist, sondern durch ausgehandelte, kollaborative und lokal verankerte Praktiken, die trotz begrenzter Ressourcen Gestaltungsspielräume eröffnen müssen.

Keywords: Städtebau, räumliches Erbe, Verantwortung, Ressource, interdisziplinäre Diskussion

2 EINLEITUNG

Im Kontext von Stadt- und Orts(kern)entwicklung ist der Begriff Verantwortung weit verbreitet, ohne jedoch eindeutig definiert zu sein. Verantwortung erscheint dabei als moralischer Anspruch, als politische Zuschreibung oder als institutionelle Zuständigkeit, ohne klar zu benennen, wie sie tatsächlich wirksam wird. In planerischen Diskursen wird Verantwortung meist mit administrativ definierten Aufgabenbildern, gesetzlichen Kompetenzen oder strategischen Zielsetzungen verknüpft. Demgegenüber zeigt die Praxis räumlicher Entwicklung, dass Verantwortung selten eindeutig verortet ist und sich häufig außerhalb klar geregelter Zuständigkeiten herausbildet. Verantwortlichkeit wird damit nicht primär als formale Zuständigkeit einzelner Akteurinnen und Akteure verstanden, sondern als Ergebnis konkreter Entscheidungs- und Aushandlungsprozesse. Sie entsteht dort, wo Entscheidungen vorbereitet, verzögert, übersetzt oder bewusst nicht getroffen werden – also im Zusammenspiel unterschiedlicher Akteurinnen und Akteure wie Verwaltung, Politik, Eigentümerinnen, Eigentümer und Planung – oft unter Bedingungen begrenzter Ressourcen, widersprüchlichen Interessen und institutionellen Zwängen (Albers, Suwala 2020).

Im Folgenden wird zwischen Verantwortung als normativer Zuschreibung, Verantwortlichkeit als institutionell geregelter Zuständigkeit und verantwortlicher Handlungsfähigkeit als praktischer Ausübung von Entscheidungs- und Moderationskompetenz unterschieden. Der Beitrag konzentriert sich dabei nicht auf moralische Zuschreibungen, sondern auf die Analyse verantwortlicher Entscheidungspraktiken im kommunalen Kontext.

Der Umgang mit dem bestehenden Gebäudebestand, mit Leerstand, begrenzten Ressourcen und räumlichem Erbe zählt in vielen europäischen Regionen zu den zentralen Herausforderungen zeitgenössischer Stadt- und Orts(kern)entwicklung. Insbesondere in kleinen und mittelgroßen Städten sowie in periurbanen und ländlichen Räumen verdichten sich demographische Veränderungen, wirtschaftliche Umbrüche und der wachsende Druck, klima- und ressourcenschonend zu handeln, zu komplexen Transformationsprozessen. Anstelle von Wachstum und Neubau rücken zunehmend Fragen der Anpassung, Wiederverwendung und des selektiven Rückzugs in den Fokus planerischer Praxis, wobei räumliche Entwicklung zunehmend unter Bedingungen von Schrumpfung, Ressourcenknappheit und strukturellem Wandel gedacht wird. (Oswalt 2004; European Commission 2020).

Während planerische Debatten häufig auf die Fragen der Nutzung, der baulichen Qualität oder der gestalterischen Intervention fokussieren, bleibt die Frage, wie Verantwortung in diesen Prozessen tatsächlich entsteht und wahrgenommen wird, oft unscharf. Verantwortung im Städtebau wird dabei meist implizit mit Steuerung, Planungssicherheit oder der Umsetzung konkreter Projekte verknüpft. Gleichzeitig zeigt sich in der Praxis, dass viele räumliche Entwicklungen weniger an fehlenden Entwürfen oder Konzepten scheitern als an organisatorischen, sozialen und institutionellen Voraussetzungen: an ungeklärten Zuständigkeiten, verfestigten Entscheidungsroutinen, komplexen Eigentumsverhältnissen, widersprüchlichen Interessen oder fehlenden Vermittlungsstrukturen. Verantwortung wird damit nicht nur im Entwurf oder in formalen Planungsinstrumenten verhandelt, sondern bereits in frühen Entscheidungs- und Abstimmungsprozessen, die den Handlungsspielraum räumlicher Entwicklung maßgeblich bestimmen (Forester 1999).

Vor diesem Hintergrund geht dieses Paper der Frage nach, wie Verantwortung im Städtebau im Umgang mit Bestand, Leerstand, Ressourcen und räumlichem Erbe konkret ausgehandelt wird. Im Zentrum steht dabei nicht die Entwicklung von Leitbildern oder Lösungsansätzen, sondern die Analyse von Verantwortung als einer spezifischen Form verantwortlicher Handlungsfähigkeit, die sich in konkreten Entscheidungs- und Aushandlungspraktiken ausdrückt und sich situationsabhängig im Zusammenspiel unterschiedlicher Akteurinnen und Akteure entfaltet. Diese Perspektive steht im Einklang mit aktuellen Debatten zur territorialen Transformation, die räumliche Entwicklung als offenen, mehrstufigen und kontextabhängigen Prozess verstehen (Towards Territorial Transition 2023). Ziel ist es, Formen verantwortlichen Entscheidens

im Alltag sichtbar zu machen, die unter Bedingungen von Unsicherheiten, Machtasymmetrien und begrenzten Ressourcen getroffen werden (Yanow 2000).

Die Untersuchung stützt sich auf die Gesprächsreihe namens Tischgespräche. In diesem dialogischen Format diskutierten Akteurinnen und Akteure aus Planung, Verwaltung, Wissenschaft und Zivilgesellschaft konkrete Herausforderungen im Umgang mit Leerstand, öffentlichen Raum und demographischem Wandel. Im Mittelpunkt standen dabei nicht abgeschlossene Projekte, sondern laufende Prozesse, Blockaden und Handlungsspielräume kommunaler Praxis. Ergänzt wird diese empirische Perspektive durch theoretische Reflexionen zum Umgang mit räumlichem Erbe und Planungskultur, insbesondere durch die Arbeiten von Winfried Nerdinger und Ward Verbakel. Während Nerdinger die historischen und kulturellen Bedeutungsfragen räumlicher Entscheidungen schärft, eröffnet Ward Verbakels Konzept des Village Chatter Planung als Dialog, der sich aus vielen alltäglichen, nicht formal gesteuerten Beiträgen entwickelt.

Dieser Beitrag eröffnet damit ein Verständnis von Verantwortung, das sich nicht auf einzelne Akteurinnen oder Instrumente reduzieren lässt. Vielmehr wird verantwortliches Handeln als prozesshafte, geteilte Praxis verstanden, die im Zusammenspiel von Organisation, Geschichte und Alltagswissen entsteht (Healey 2007). Die folgenden Kapitel erläutern zunächst die methodische Vorgehensweise, analysieren anschließend die Erkenntnisse aus den Tischgesprächen und ordnen diese abschließend in einen weiteren theoretischen Rahmen ein.

3 METHODIK

Dieses Paper basiert auf einem qualitativ-explorativen Forschungsansatz, bei dem die Erkenntnisse aus unterschiedlichen Gesprächen und Diskussionsrunden gewonnen wurden. Durch diese Methode sollen keine statistischen Beweise und allgemeingültigen Zahlen geliefert werden, sondern es soll ein Verständnis darüber generiert werden, wie verantwortliche Entscheidungen im Städtebau im Umgang mit Bestand, Leerstand, Ressourcen und räumlichem Erbe zustande kommen (Flick 2017). Der Fokus liegt dabei auf Prozessen, Begründungen und impliziten Werten, die in konkreten Diskussionen und Entscheidungen sichtbar werden, und damit auf einem praxis- und kontextbezogenen Erkenntnisinteresse, das sich bewusst von verallgemeinernden Modellen und rein instrumentellen Erklärungen abgrenzt (Flyvbjerg 2001).

3.1 Dialogische Forschungsformate, Datenerhebung und empirische Grundlage

Die zentrale empirische Grundlage dieses Artikels bildet die Symposiumsreihe, Tischgespräch – Strategien für Leerstand und öffentlichen Raum im demographischen Wandel, die zwischen 2024 und 2025 an der Technischen Universität Graz durchgeführt wurde. Die Tischgespräche wurden in Kooperation zwischen dem Institut für Städtebau und dem Institut für Wohnbau entwickelt und als dialogisches Forschungsformat konzipiert. Im Mittelpunkt standen die aktuellen Herausforderungen rund um Leerstand, öffentlicher Raum, Pflege sowie den demographischen Wandel und die Frage, wie diese Themen aus unterschiedlicher fachlicher Perspektive beleuchtet werden können und wie Verantwortung in diesen Feldern konkret wahrgenommen, verteilt, übernommen oder vermieden werden kann.

Die Veranstaltungsreihe bietet eine Plattform für den Austausch von Erfahrungen, Positionen und Lösungsansätzen und bringt Akteurinnen und Akteure aus Wissenschaft, Verwaltung, Planungspraxis, Kultur und Zivilgesellschaft zusammen. Dabei stehen keine abgeschlossenen Projekte im Mittelpunkt, sondern laufende Prozesse, Spannungsfelder und offene Fragen, wodurch Wissen als situativ, verhandelbar und prozesshaft verstanden wird (Nowotny et al. 2003). Beiträge von Studierenden, Absolventinnen, Absolventen, Dissertantinnen und Dissertanten dienen als Impulse, um konkrete Fallbeispiele, Beobachtungen, Hypothesen und Entwurfsvorschläge zur Diskussion zu stellen, womit unterschiedliche Wissensformen gezielt aufeinander bezogen werden (Groat & Wang 2013). Die Gespräche sind dabei nicht als klassische Vorträge konzipiert, sondern als moderierte Dialoge, in denen theoretisches Fachwissen und praktische Erfahrungen auf Augenhöhe zusammengeführt werden. Anstatt einer isolierten Betrachtung einzelner Probleme, fördern die Tischgespräche durch ein gezieltes Vernetzen den Austausch zwischen verschiedenen Institutionen bzw. beteiligten Akteurinnen und Akteuren.

Die Datengrundlage des Papers besteht aus Notizen und Transkripten der Tischgespräche. Das Material wurde vollständig gesichtet und nach inhaltlichen Gesichtspunkten ausgewertet. Die Auswertung erfolgte paraphrasierend und zusammenfassend. Dabei wurden die Aussagen einzelner Teilnehmerinnen und Teilnehmer nicht isoliert beleuchtet, sondern als Ausdruck eines gemeinsamen Diskurses verstanden. Ziel

war es, die Vielfalt der Perspektiven sowie wiederkehrende Argumentationslinien und Spannungen innerhalb der Diskussionen abzubilden, ohne individuelle Positionen zu bewerten oder zu rekonstruieren (Mayring & Fenzel 2019).

Der analytische Zugang folgt einer strukturierenden, interpretativen Auswertung des Materials. In einem ersten Schritt wurden zentrale Themenfelder identifiziert, die in den Diskussionen wiederholt auftauchen, etwa der Umgang mit Leerstand, die Rolle von Gemeinden, die Bedeutung informeller Prozesse oder der Konflikt zwischen schnellen Lösungen und langfristigen Zielen. In einem zweiten Schritt wurden diese Themen in Beziehung gesetzt und dahingehend interpretiert, wie Verantwortlichkeiten zwischen verschiedenen Akteurinnen und Akteuren verteilt, ausgehandelt und wahrgenommen werden.

Verantwortung wurde dabei nicht als explizit benannter Begriff untersucht, sondern vielmehr als implizite Kategorie verstanden, die sich in Argumentation, Rollenbilder und Handlungsmustern unterschiedlicher Akteurinnen und Akteure ausdrückt. Dadurch wird Verantwortung als verteilte Praxis sichtbar, die sich im Zusammenspiel von räumlichen, sozialen, politischen und ökonomischen Faktoren herausbildet (Yanow 2000).

Ergänzend zu den Tischgesprächen fließen Erkenntnisse aus dem PhD-Seminar Architectural Research im Rahmen der Doctoral School der Fakultät für Architektur an der TU Graz in die Analyse ein. Dieses Seminar folgte einem dreistufigen Format: Expertinnen und Experten aus unterschiedlichen Disziplinen wurden eingeladen, einen öffentlichen Vortrag an der TU Graz zu halten. Zur Vorbereitung wurden ausgewählte Texte oder Paper der eingeladenen Gäste zur Verfügung gestellt. Abschließend wurden diese Texte sowie die Inhalte der Vorträge in einem geschlossenen Rahmen vertiefend diskutiert und offene Fragen geklärt. Somit wurden Theorie, Forschung und Reflexion systematisch miteinander verbunden (Creswell & Poth 2018).

Die Vorträge und Gespräche mit Winfried Nerdinger und Ward Verbakel lieferten daraus zusätzliche theoretische und historische Perspektiven auf Fragen der Planungskultur, Rekonstruktion und des räumlichen Erbes. Diese dienen im vorliegenden Paper nicht als eigenständige Fallstudien, sondern als konzeptionelle Ergänzung, um die empirischen Beobachtungen aus den Tischgesprächen einzuordnen und zu reflektieren.

Die vollständige Übersicht über die Termine, eingeladene Gäste und thematischen Schwerpunkte der Tischgespräche ist im Appendix dieses Beitrags dokumentiert.

4 ERKENNTNISSE AUS DEN TISCHGESPRÄCHEN

Die drei Tischgespräche veranschaulichen ein Bild, wie die Verantwortlichkeit im Städtebau im Umgang mit Bestand, Leerstand, Ressourcen und räumlichem Erbe verhandelt werden können. Im Zentrum der Diskussionen standen nicht einzelne Projekte oder Entwürfe, sondern die Frage, wie räumliche Entwicklungen unter Bedingungen von Unsicherheiten, strukturellem Wandel und Ressourcenknappheit in Österreich, vor allem in steirischen Gemeinden, organisiert werden kann. Die Handlungsfähigkeit entsteht dort, wo Entscheidungen vorbereitet, ermöglicht oder blockiert werden – häufig lange, bevor formale Planungsinstrumente wie Widmung, Bebauungspläne oder Förderprogramme überhaupt zum Einsatz kommen.

4.1 Ortskernentwicklung als Organisationsproblem

Ein zentrales Ergebnis ist die veränderte Sichtweise auf die Problemdarstellung von Leerstand und Ortskernen. Leerstehende Objekte wurden nicht als Folge von fehlenden Nutzungskonzepten oder mangelnder architektonischer Qualität verstanden, sondern als Ausdruck organisatorischer Hürden. In vielen diskutierten und präsentierten Projekten wären Räume verfügbar, Nutzungsinteressenten vorhanden und soziale Bedürfnisse gegeben, dennoch bleiben viele Gebäude und Räume unter- oder ungenutzt.

Ausschlaggebend sind weniger die baulichen Defizite als ungeklärte Eigentumsverhältnisse, fehlende Vermittlungsinstanzen, Unsicherheiten auf Seiten der privaten Eigentümerinnen und Eigentümer sowie das Fehlen von Akteurinnen und Akteuren, die über längere Zeiträume hinweg Entscheidungsverantwortung tragen und Prozesse kontinuierlich begleiten. Eigentum zeigt sich dabei weniger als eindeutig festgelegte rechtliche Kategorie, sondern als Praxis, deren Bedeutung im Alltag immer wieder neu ausgehandelt wird (Blomley 2016).

Darüber hinaus wird deutlich, dass Architektur und Städtebau in Transformationsprozessen häufig nicht in den Prozess aufgenommen wird, sondern auf bereits getroffene organisatorische, rechtliche und

eigentumsbezogene Entscheidungen reagieren muss. Grundlegende Entscheidungen über Handlungsspielräume und Entwicklungsoptionen werden auf einer vorgelagerten organisatorischen Ebene geschaffen oder bleiben ungeklärt. Diese Ebene wurde explizit als konflikthaft beschrieben, insbesondere dort, wo private und öffentliche Interessen aufeinandertreffen: „Es geht nicht um dieses eine Projekt, sondern um diese Grenzüberschreitung zwischen privatem und öffentlichem Raum – dieser Grenze zwischen dem privaten Raum und der Straße – dort, wo es unterschiedliche Interessen gibt [...] und wo wir versuchen, diese Moderation zu bekommen“ (Lichtblau, TU Graz, 05.12.2025).

Weiters wurde diskutiert, dass organisatorische Blockaden nicht nur strukturell, sondern häufig personell bedingt sind. Ob Ortskernentwicklung vorangetrieben wird oder stagniert, hängt in vielen steirischen Gemeinden maßgeblich von einzelnen handelnden Personen ab – insbesondere von der Haltung der Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern oder zentralen Akteurinnen und Akteuren in Verwaltung und Politik. Verantwortliche Entscheidungsbefugnis ist damit häufig personenbezogen organisiert und nur eingeschränkt strukturell abgesichert. Diese personelle Abhängigkeit erschwert nachhaltige Transformationsprozesse, da Entwicklungen stark von individuellen Haltungen, Prioritäten und Handlungsspielräumen abhängen. Veränderungen werden dadurch weniger planbar und können bei politischen Wechsellagen, personellen Veränderungen oder veränderten Rahmenbedingungen ins Stocken geraten oder neu verhandelt werden.

4.2 Moderation als Schlüsselkompetenz der Planung

Weiters wurde beleuchtet, dass erfolgreiche Veränderungen in der Stadt- und Ortskernentwicklung weniger von technischem Fachwissen abhängen, sondern von der Fähigkeit, zwischen widersprüchlichen Interessengruppen moderieren. Eigentümerinnen und Eigentümer wurden dabei nicht primär als blockierend beschrieben, sondern vielmehr als Akteurinnen und Akteure, die mit Unsicherheiten, Kontrollverlustängsten oder finanziellen Risiken konfrontiert sind. Gleichzeitig gelten Gemeinden zwar als Schlüsselakteure, verfügen jedoch häufig nicht über die notwendigen Strukturen und personellen Ressourcen, um diese Rolle dauerhaft wahrzunehmen. Es wurde wiederholt betont, dass fehlende Moderation nicht zu Konfliktlösung, sondern zu einer Verschiebung von Verantwortung führt. Entscheidungen werden vertagt oder entlang bestehender Routinen getroffen, anstatt aktiv ausgehandelt zu werden. Wie Aglaée Degros formuliert: „Man ist sehr schnell in einer Wunschführung und nicht in einer Moderation von dem, was notwendig ist. [...] Es braucht auch eine Moderation dieser Gespräche“ (Degros, TU Graz, 05.11.2024).

Neu geschärft wurde dabei der Blick auf Macht und Verantwortung innerhalb administrativer Strukturen. Raumordnung, Förderpolitik und Genehmigungsverfahren wurden nicht als neutrale Instrumente beschrieben, sondern als Felder, in denen Verantwortung aktiv ausgeübt – oder bewusst vermieden – wird. Moderation bedeutet in diesem Kontext nicht nur Vermittlung zwischen Interessen, sondern auch den reflektierten Umgang mit institutioneller Macht und Spielräumen. Moderation kann nicht als selbstverständlich vorhandene Kompetenz vorausgesetzt werden, sondern muss als eigenständige Aufgabe erst aufgebaut und erlernt werden. „Es geht gar nicht um die Gestaltung vom Raum, sondern eigentlich darum, die Moderationsfähigkeiten aller Beteiligten zu erarbeiten. [...] Wir stehen da eigentlich alle bei Null“ (Spindler, TU Graz, 04.12.2025).

Planung wird somit zur vermittelnden Praxis zwischen Eigentum, Politik, Verwaltung, konkreten Nutzungsinteressen und langfristigen Entwicklungsperspektiven (Forester 1999). Moderation beschreibt dabei nicht nur einen methodischen Zugang, sondern eine grundlegende Haltung gegenüber Offenheit, Aushandlung und Grenzüberschreitung. Es wurde betont, dass es dabei weniger um einzelne Projekte geht als um die dahinterliegende Idee einer veränderten Haltung: „Die Idee, die dahinter steckt, ist viel wichtiger – nämlich dieses Öffnen der Köpfe und die Öffnung der Grundgrenzen und dieses Moderieren über Grenzen hinaus zwischen Interessen“ (Lichtblau, TU Graz, 05.12.2025).

4.3 Eigentum als Herausforderung der Transformation

Eigentum wird als eine der grundlegenden strukturellen Voraussetzungen benannt, die die räumliche Transformation erschwert. Dabei standen nicht nur Besitzverhältnisse im Fokus, sondern auch emotionale Bindungen, persönlich und familiär geprägte Beziehungen zum Eigentum, Misstrauen gegenüber öffentlichen Akteurinnen und Akteuren sowie lokalpolitischer Argumentationsmuster, die Veränderungsprozesse erschweren oder blockieren. Eigentum erscheint in diesem Verständnis weniger als

eindeutig festgelegte rechtliche Kategorie, sondern als Praxis, deren Bedeutung im Alltag immer wieder neu ausgehandelt werden (Blomley 2016).

Diese Aushandlung zeigt sich besonders deutlich dort, wo kommunale Prioritätensetzungen, bestehende Routinen und finanzielle Rahmenbedingungen aufeinanderprallen. Es wird ein grundlegendes Zielkonflikt kommunaler Entscheidungsprozesse beschrieben: Während der Wunsch nach Erneuerung vorhanden ist, werden finanzielle Ressourcen häufig für die Fortführung bestehender Infrastrukturen gebunden. Projekte, die inhaltlich gut auf aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen reagieren würden, bleiben dadurch unerprobt (Degros, TU Graz, 05.11.2024).

Der Ankauf von Immobilien durch Gemeinden wurde kritisch hinterfragt. Man sieht darin weniger ein allgemeines Erfolgsrezept als vielmehr einen pragmatischen Ausweg, wenn es keine andere Alternative gibt. Thematisiert wurde dabei insbesondere die Gefahr, dass Risiken und Verantwortung von privaten Eigentümerinnen und Eigentümern auf die öffentliche Hand verlagert werden, ohne dass langfristige Nutzungsperspektiven gesichert sind. Statt klassischer Besitz- und Investitionslogiken traten Zwischenformen in den Vordergrund, die bestehende Strukturen umgehen oder ergänzen. Verantwortliche Praxis zeigt sich dabei in der Erprobung alternativer Modelle wie Pacht, temporäre Nutzung, kooperative Organisationsformen oder einer schrittweisen Aktivierung, auch wenn diese mit zusätzlicher administrativer Komplexität verbunden ist.

4.4 Verantwortung als Prozess und nicht als fertiges Zielbild

Ein weiteres zentrales Learning die Abkehr von fixierten Nutzungskonzepten. Diese Haltung wird in den Diskussionen explizit formuliert: „Und wir können heute in kleinen Schritten beginnen, anstatt darauf zu warten, dass alle Gesetze perfekt darauf abgestimmt sind“ (Kuhn, TU Graz, 04.12.2025). Erfolgreiche Transformationsprojekte begannen selten mit einem klar definierten Endzustand, sondern entwickelten sich schrittweise und adaptiv. Temporäre Nutzungen und Zwischennutzungen wurden dabei nicht als Übergangslösung verstanden, sondern als eigene Strategie beschrieben, die Lernen, Anpassung und Korrektur ermöglicht.

Diese Offenheit wurde nicht als Planungsmangel, sondern als bewusste Haltung verstanden. Verantwortliches Handeln bedeutet in diesem Kontext, Entwicklungen als lernenden Prozess zu begreifen und Räume nicht zu überdefinieren, sondern Möglichkeitsräume für Aneignung, Veränderung und Mitgestaltung zu schaffen.

4.5 Wiederverwendung, Ressourcen und Klimaverantwortung

In den Gesprächen wurde klar, dass Wiederverwendung bestehender Bausubstanzen zwar häufig mit klimapolitischen Argumenten begründet wird, der Aspekt des Klimaschutzes in kommunalen Entscheidungsprozessen jedoch selten eine eigenständige Rolle spielt. In vielen Diskussionen zur Ortskernentwicklung wurde Klimaverantwortung nicht aktiv mitgedacht, sondern höchstens nachträglich als ergänzendes Argument herangezogen. Gleichzeitig wurde eine deutliche Position formuliert, die diese Leerstelle explizit adressiert: „[...] in einer Art und Weise ist es auch die Aufgabe von uns Architekten zu moralisieren und das Wissen, das wir da im universitären Kontext generieren, auch rauszutragen, [...]. Es ist nun mal so, dass wir mit dem Klimawandel konfrontiert sind, also müssen wir auch über alternative Lebenskonzepte nachdenken. Und deswegen sehe ich das auch als Aufgabe von uns Architekten.“ (Lena Leander Kaschnig, Studentin TU Graz, 31.03.2025)

Vielmehr erscheint der Klimaschutz als eine Art begleitender Faktor, der eng mit den Fragen der Nutzung, Organisation und langfristigen Wirtschaftlichkeit eines Projektes verbunden ist. In steirischen Gemeinden wird Klimaverantwortung nicht über verbindlich festgelegte Vorgaben wirksam, sondern über Abwägungsprozesse im Alltag kommunaler Entscheidungen. Die Wiederverwendung von Bausubstanzen wird dabei nicht als starres Gesetz verstanden, sondern als eine Strategie bei der die ökologischen Vorteile stets gegen soziale Auswirkungen (Nutzungsqualität, Erschwinglichkeit, Quartiersentwicklung) und finanzielle Belastungen (Investitions- und Betriebskosten, Risiken) abgewogen werden müssen. Klimaverantwortung äußert sich daher weniger in eindeutigen Vorschriften als in der Fähigkeit, ökologische, soziale und wirtschaftliche Anforderungen in räumlichen Transformationsprozessen miteinander zu vermitteln (Territorial Urbanism Now! 2024).

4.6 Soziale Infrastruktur abseits zentraler Orte

Auch die räumliche Verortung von Gemeinschaften wurde in den Tischgesprächen diskutiert. Es wurde deutlich, dass sozialer Zusammenhalt in vielen Fällen außerhalb klassischer Ortskerne entsteht. Informelle Treffpunkte, periphere Strukturen und alltägliche Nutzungen am Rand der Siedlung – wie Bushaltestellen, Parkplätze, Gemeinschaftsgärten – übernehmen Funktionen sozialer Verankerung, ohne als solche geplant oder formal anerkannt zu werden. „Die Motivation, in dieser Gemeinde zu bleiben, sich zu engagieren und aktiv zu sein, findet aktuell nicht in zentralen Räumen statt, sondern diese Motivation stammt aus den Peripherien“ (Brinbreier, TU Graz, 04.12.2025). Diese Räume kommen meist ohne architektonische Aufwertung aus; sie leben von alltäglicher Präsenz, wiederkehrenden Ritualen und der unausgesprochenen Übereinkunft über deren Umgangsformen. Bemerkenswert ist dabei weniger die Existenz dieser Orte, sondern vielmehr ihre planerische Ausblendung in Entwicklungsstrategien, Förderprogrammen und Leitbildern. Gerade weil sie nicht repräsentativ gestaltet, nicht eindeutig programmiert und oft rechtlich wenig abgesichert sind, entziehen sie sich gängigen Instrumenten der Ortskernentwicklung.

Die Diskussionen verdeutlichen zudem, dass eine architektonische Aufwertung die sozialen Qualitäten nicht zwangsläufig stärkt, sondern in manchen Fällen sogar gefährdet. Aus dieser Perspektive ergibt sich eine städtebauliche Verantwortung, klassische Leitbilder von Zentralität zu hinterfragen und periphere, informelle sowie nicht-repräsentative Räume als soziale Infrastruktur mitzudenken. Das heißt in diesem Zusammenhang, nicht nur neue zentrale Orte zu schaffen, sondern bestehende soziale Praktiken zu erkennen, zu schützen und in ihrer räumlichen Fragilität ernst zu nehmen.

4.7 Anerkennung von Grenzen

Es wurde deutlich, dass nicht jeder Ort und nicht jeder Leerstand eine Zukunft haben wird. Nicht jede Nutzungsidee findet reale Nutzerinnen und Nutzer, nicht jede Struktur kann dauerhaft aktiviert werden. Verantwortung wurde hier nicht als Anspruch auf Rettung verstanden, sondern als Fähigkeit, Rückzug, Rückbau oder selektive Aufgabe als legitime Strategie anzuerkennen. „Wir haben das Problem, also jetzt in der Steiermark, dass in vielen Ortskernen der Nahversorger stirbt. Das ist ein großes Thema. [...] Wir können nicht Nahversorger retten mit dem Steuergeld, wenn niemand dort einkauft. Das heißt, man muss schon Mut haben zu sagen: das funktioniert nicht“ (Moder, TU Graz, 04.12.2025).

Damit verschiebt sich das Verständnisverantwortlichen Handelns im Städtebau aber auch in der Architektur von einem Wachstums- oder Handlungszwang hin zu einer kontextbezogenen, reflektierten Haltung, die Unsicherheit zulässt und dennoch handlungsfähig bleibt. Für steirische Gemeinden heißt dies, dass ein Perspektivenwechsel notwendig ist: weg vom permanenten Aktivierungsdruck hin zu einer Haltung, die auch Nicht-Entwicklung und Zurückhaltung als verantwortungsvolle Option zulässt. Dies erfordert jedoch politische Rückendeckung und institutionelle Akzeptanz, die derzeit oft fehlen.

4.8 Haltung und Handlungsspielräume

Ein zentrales zusätzliches Learning betrifft die Haltung kommunaler Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger. Ortskernentwicklung scheitert, oder gelingt, häufig nicht an fehlenden Instrumenten oder finanziellen Mitteln, sondern an der Frage, ob Gestaltung als aktive Aufgabe verstanden wird oder auf reine Verwaltung reduziert bleibt. Mehrfach wurde ein verbreitetes Ohnmachtsgefühl von Gemeinden ausgesprochen, das zu defensive statt gestaltender Handlungsweisen führt: „Manche sagen, man braucht es gar nicht beginnen, weil das kann nicht funktionieren“ (Moder, TU Graz, 05.11.2025). Proaktive Bürgermeisterinnen und Bürgermeister hingegen nutzen vorhandene Spielräume, auch unter schwierigen Rahmenbedingungen. Diese Haltung lässt sich nicht verordnen, kann jedoch ermöglicht werden – etwa durch das Sichtbarmachen von Handlungsspielräumen, den Austausch erfolgreicher Beispiele und durch unterstützende Formate seitens Land Steiermark und Regionalmanagement. Eine zentrale Aufgabe übergeordneter Ebenen besteht daher darin, dieses Ohnmachtsgefühl gezielt abzubauen und kommunale Handlungsmacht zu stärken.

5 DER UMGANG MIT DEM RÄUMLICHEN ERBE

Einen wichtigen theoretischen Rahmen für die Frage nach der Verantwortung im Umgang mit dem Bestand liefert der Architekturhistoriker Winfried Nerdinger. In seinen Arbeiten über Rekonstruktion und zum Umgang der gebauten Vergangenheit macht Nerdinger deutlich, dass Entscheidungen über Erhalt,

Rekonstruktion oder Abriss keine rein funktionalen oder technischen Fragen beinhalten. Vielmehr stehen sie im engen Zusammenhang mit gesellschaftlichen Deutungen von Geschichte. Wie Nerdinger betont, ist „die Auseinandersetzung mit der Geschichte immer mit Orten verbunden“ (Nerdinger, Diskussion TU Graz 2025).

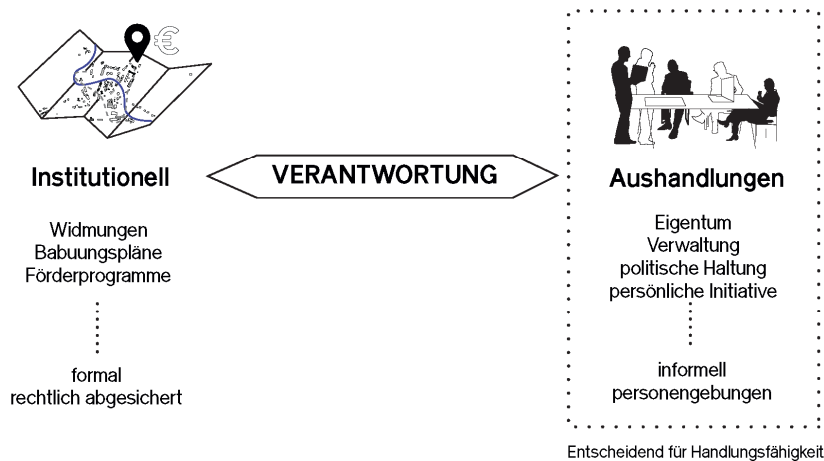


Abb. 1: Verortung von Verantwortung entlang formaler und informeller Entscheidungsprozesse. Quelle: Illustration des Autors.

Zentral ist dabei Nerdingers Kritik, dass Entscheidungen im Umgang mit dem Bestand oft mit vereinfachten und scheinbar sachlichen Argumenten gerechtfertigt werden. Entscheidungen erscheinen häufig als funktional notwendig, wirtschaftlich nicht vermeidbar oder planerisch sinnvoll, während ihre Bedeutung für Erinnerung und Geschichte kaum berücksichtigt wird. Gerade Rekonstruktion, aber auch bewusste Entscheidungen gegen eine Rekonstruktion, zeigen nach Nerdinger, dass Geschichte gesellschaftlich ausgehandelt wird. Dabei wird deutlich, welche Aspekte der Geschichte sichtbar bleiben, welche verdrängt werden und welche Sichtweisen als gültig angesehen werden. Verantwortung bedeutet in diesem Zusammenhang nicht, Geschichte einfach zu „bewahren“ oder „wiederherzustellen“. Vielmehr geht es darum, anzuerkennen, dass jede Form des Umgangs mit dem Bestand eine Abwägung darstellt und immer Auswirkungen auf das historische Verständnis hat.

Ein zentrales Learning aus der Gegenüberstellung von Nerdingers Position und den Tischgesprächen liegt in der Erweiterung des Verantwortungsbegriffes. Verantwortung bedeutet nicht nur, „funktionierende“ Lösungen zu finden, sondern auch eine bewusste Reflektion darüber, welche Bedeutungen durch räumliche Entscheidungen entstehen oder verloren gehen. In den Tischgesprächen wurde Verantwortung häufig als organisatorische, soziale oder mit Steuerung verbundene Aufgabe verstanden. Nerdinger ergänzt diesen Blick um eine historische Perspektive, die deutlich macht, dass auch alltägliche Transformationsentscheidungen Teil eines langfristigen Verständnisses der eigenen Kultur sind. Wie er formuliert, wird „mit Rekonstruktionen [...] Geschichte konstruiert, durch Wiederholung [...] eine für die jeweilige Gegenwart spezifische Kontinuität geschaffen“. (Nerdinger 2010, S.165) Diese Einsicht gilt nicht nur für Rekonstruktionen im engeren Sinn, sondern für jede Art des Umgangs mit dem baulichen Bestand.

Gleichzeitig stellt Nerdinger die verbreitete Vorstellung infrage, dass Verantwortung ausschließlich im Erhalt von Gebäuden liegt. Er macht deutlich, dass weder Rekonstruktion noch Bewahrung per se verantwortungsvoll sind – ebenso wenig ist Abriss automatisch verantwortungslos. Verantwortliches Handeln entsteht vielmehr durch einen bewussten Umgang mit den Spannungen, die der Bestand mit sich bringt: zwischen Erinnerung und Veränderung, zwischen Sichtbarmachen und Aufgeben sowie zwischen historischer Bedeutung und heutiger Nutzung. Diese Haltung passt zu den Tischgesprächen, in denen auch Rückzug, Rückbau und das bewusste Aufgeben einzelner Teile als legitime, wenn auch schwierige, Strategien thematisiert wurden.

Für den Kontext kleiner und mittelgroßer Städte sowie ländlicher Räume bedeutet dies eine wichtige Veränderung im Verständnis von Verantwortung. Während große gesellschaftliche Debatten über den Umgang mit der Geschichte oft an prominenten Bauwerken geführt werden, zeigt sich die Verantwortung im Alltag der Orts(kern)entwicklung häufig in Entscheidungen, die ohne große öffentliche Aufmerksamkeit getroffen werden. So geht es etwa darum, ob ein Leerstand weiter genutzt, umgebaut oder aufgegeben wird und ob seine Geschichte erzählt, neu interpretiert oder stillschweigend vergessen wird. Nerdingers

Perspektive macht deutlich, dass auch solche Entscheidungen Teil des gesellschaftlichen Umgangs mit Geschichte sind – unabhängig davon, ob sie explizit als solche bezeichnet werden.

In Verbindung mit den Tischgesprächen lässt sich Verantwortung im Umgang mit dem Bestand daher als doppelte Aufgabe verstehen. Einerseits geht es um organisatorische, soziale und prozessuale Abstimmungen. Andererseits geht es um einen bewussten Umgang mit den historischen und kulturellen Bedeutungen von Räumen. Verantwortung entsteht dabei nicht nur durch Regeln oder Instrumente des Denkmalschutzes, sondern vor allem dadurch, dass diese beiden Ebenen – der praktische Alltag und die Auseinandersetzung mit der Geschichte – miteinander verbunden werden.

6 VILLAGE CHATTER: PLANUNG ALS DIALOGISCHE PRAXIS

Der Begriff Village Chatter wurde von Ward Verbakel, Architekt und Professor an der KU Leuven, geprägt und beschreibt Planung und Architektur nicht als top-down gesteuerte Entwurfsdisziplin, sondern als Ergebnis eines vielstimmigen, häufig informellen Dialogs innerhalb von Dörfern und Gemeinden. Der Begriff bezeichnet eine Sprache der gebauten Umwelt, die sich aus wiederkehrenden Mustern, lokalen Praktiken, Alltagsentscheidungen und unausgesprochenen Regeln zusammensetzt. Diese Sprache entsteht weniger durch verbindliche Planungsvorgaben als durch stetige Aushandlungen zwischen verschiedenen Akteurinnen und Akteuren, etwa in Genehmigungsverfahren, politischen Diskussionen oder alltäglichen Einzelentscheidungen. Architektur und räumliche Strukturen werden hier nicht als fertige Entwürfe verstanden, sondern als laufende Prozesse, in denen sich Erwartungen und Handlungsspielräume nach und nach festigen.

Im Vortrag und in den anschließenden Diskussionen wurde dieser Ansatz weiter vertieft. Verbakel macht deutlich, dass viele räumliche Konflikte und Qualitätsprobleme nicht durch mangelnder architektonischer Gestaltung entstehen, sondern weil die beteiligten Akteurinnen und Akteure nicht gut miteinander kommunizieren. Gemeinden greifen daher oft auf formale Mittel wie Bebauungspläne oder Leitfäden zurück, da ihnen eine gemeinsame Sprache fehlt, um über Nutzung, Eignung und räumliche Qualität zu verhandeln. Village Chatter kann in diesem Sinne als Versuch verstanden werden, diese sprachliche Lücken zu schließen, und zwar nicht durch neue Regeln, sondern durch die bewusste Benennung und Reflexion bestehender Muster und Praktiken. Verbakel beschreibt den Ansatz dabei ausdrücklich nicht als normative Methode, sondern als ein offenes, lernfähiges Vokabular, das lokale Eigenheiten ernst nimmt und auf Beobachtungen statt Vorgaben basiert. Ziel sei es, “not to prescribe what villages should become, but to learn how they already operate“ (Verbakel, Diskussion TU Graz 2025).

Für den österreichischen und vor allem auch für den steirischen Kontext erweist sich dieser Ansatz als besonders anschlussfähig. Die in den Tischgesprächen diskutierten Herausforderungen im Umgang mit Leerstand, Wiederverwendung und kommunaler Verantwortung zeigen deutliche Parallelen: Auch hier scheitern Transformationsprozesse selten an fehlenden Nutzungsideen oder Entwürfen, sondern an unklaren Zuständigkeiten, fehlender Moderation und mangelnder Abstimmung zwischen Eigentümerinnen, Eigentümern, Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft. Verbakels Perspektive macht sichtbar, dass Verantwortung in solchen Prozessen nicht bei einzelnen Personen liegt, sondern in der Fähigkeit, die vielen unterschiedlichen Abstimmungen zu strukturieren und offen zu halten. Village Chatter wird dabei nicht als autorinnen- und autorengesteuerte Methode verstanden, sondern als ein Prozess, der sich aus fortlaufenden Aushandlungen ergibt und “does not rely on a single author or authority, but emerges from the continuous negotiation of multiple voices, interests and interpretations“ (Verbakel, Diskussion TU Graz 2025).

Damit verändert sich das Verständnis von planerischer Verantwortung. Verantwortung wird nicht mehr als feste Vorgabe oder alleinige Bestimmung über die Gestaltung verstanden, sondern als eine Praxis, die aus Beziehungen entsteht und sich im Übersetzen, Vermitteln und Aushandeln entwickelt. Planung wird so zu einer kulturellen Tätigkeit, die nicht in erster Linie fertige Lösungen liefert – sondern sie schafft Rahmen, in denen unterschiedliche Vorstellungen von Nutzung, Qualität und Zukunft aufeinander bezogen werden können.

7 CONCLUSION

In diesem Beitrag wird untersucht, wie verantwortliche Entscheidungen im Städtebau unter gegenwärtiger Bedingungen zustande kommen und wie Akteurinnen und Akteure ihre Handlungsspielräume in Bezug auf Bestand, Leerstand und räumliches Erbe interpretieren. Ausgangspunkt der Analyse waren die

Tischgespräche als dialogisches Forschungsformat, sowie die theoretischen Perspektiven von Winfried Nerdinger und Ward Verbakel. Auf dieser Grundlage zeigt die Analyse, dass Verantwortung im Städtebau nicht als festes Ziel, verbindliches Leitbild oder moralische Pflicht verstanden werden kann. Vielmehr zeigt sich verantwortliches Entscheiden situationsabhängig im Zusammenspiel unterschiedlicher Akteurinnen, Akteure, Handlungsebenen und zeitlicher Perspektiven.

Die zentralen Erkenntnisse aus den Tischgesprächen liegen weniger in der Feststellung, dass Verantwortung vor dem Entwurf entsteht, sondern wo sie tatsächlich verhandelt werden. Verantwortliche Entscheidungsprozesse im Umgang mit Bestand und Leerstand entstehen nicht erst durch bauliche Maßnahmen, sondern bereits in organisatorischen und entscheidungsbezogenen Prozessen: in Eigentumsfragen, institutionellen Abläufen, in Routinen der Verwaltung, in Ängsten vor Risiko und Kontrollverlust sowie in der Abwesenheit klarer Prozesszuständigkeiten. Leerstand wurde in den meisten Fällen dabei weniger als architektonisches oder funktionales Defizit sichtbar, sondern als Ausdruck fehlender Entscheidungs- und Verantwortungsstrukturen. Der entscheidende Beitrag der Tischgespräche besteht darin, verantwortliches Handeln nicht primär als Frage gestalterischer Lösungen oder strategischer Konzepte zu begreifen, sondern als Fähigkeit Prozesse überhaupt erst handlungsfähig zu machen: Akteurinnen und Akteure miteinander in Beziehung zu setzen, Unsicherheiten und Nicht-Entscheidungen bewusst zuzulassen, Rückzug oder gezieltes Aufgeben als legitime Formen verantwortungsvollen Handelns anzuerkennen.

Die Gespräche, vor allem in Bezug auf steirische Gemeinden und regionalen Akteurinnen und Akteuren, machten darüber hinaus deutlich, dass Verantwortung nicht nur fragmentiert organisiert ist, sondern stark von einzelnen handelnden Personen abhängt. Ob Ortskernentwicklung angestoßen, vertieft oder blockiert wird, hängt häufig weniger von Programmen oder Förderungen ab als von der Haltung einzelner Bürgermeisterinnen, Bürgermeister, Amtsleiterinnen, Amtsleiter oder engagierter Fachpersonen. Verantwortliche Handlungsfähigkeit erscheint damit weniger als institutionelle Aufgabe als fragile, personenabhängige Praxis. Diese Abhängigkeit erschwert langfristige Veränderungen und führt dazu, dass Prozesse stagnieren, selbst wenn Problemlagen anerkannt sind. In diesem Zusammenhang wurde auch die Rolle der Förderungen kritisch reflektiert. Die Tischgespräche zeigen, dass Förderinstrumente nur einen begrenzten Lenkungseffekt entfalten. Gemeinden agieren häufig unabhängig von Förderinstrumenten. Maßnahmen werden nicht primär durch Förderverfügbarkeit ausgelöst, sondern entstehen oft trotz dieser Rahmenbedingungen. Damit rückt weniger die Frage nach vorhandenen Mitteln in den Vordergrund, sondern vielmehr, ob Handlungsspielräume überhaupt wahrgenommen, interpretiert und aktiv genutzt werden.

Nerdingers Auseinandersetzung mit Rekonstruktion und dem Umgang mit der gebauten Vergangenheit verdeutlicht, dass räumliche Entscheidungen stets auch gesellschaftliche Interpretationen von Geschichte produzieren. Ob Gebäude erhalten, adaptiert, rekonstruiert, aufgegeben oder abgerissen werden, ist nie eine rein funktionale oder technische Frage, sondern immer mit Fragen von Erinnerung, Sichtbarkeit und dem Fortbestand kultureller Bedeutungen verknüpft. Im Städtebau bedeutet verantwortliches Handeln nicht, Geschichte zu bewahren oder zu reproduzieren, sondern anzuerkennen, dass jede Intervention – ebenso wie jede Nicht-Intervention – Teil des gesellschaftlichen Umgangs mit Geschichte und dem kulturellen Erbe ist. Diese Perspektive vertieft die Tischgespräche dort, wo Entscheidungen über Rückbau, Nicht-Aktivierung oder selektive Aufgabe nicht als Scheitern, sondern als bewusste Form des Umgangs mit dem Bestand verhandelt wurden.

Ward Verbakels Konzept des Village Chatter ergänzt die Perspektive um eine prozesshafte und alltagsnahe Sichtweise. Planung und Architektur werden dabei nicht als von oben gesteuerte Disziplinen verstanden, sondern als Ergebnis vielfältiger, oft informeller Abstimmungsprozesse in lokalen Zusammenhängen. Verantwortliches Handeln bedeutet hier weniger, formale Vorgaben umzusetzen, sondern vielmehr, Dialoge zu ermöglichen und lokales Wissen in räumliche Entscheidungen einzubeziehen. Gerade für kleine und mittelgroße Städte sowie periurbane Räume zeigt sich, dass verantwortungsvolles Handeln nicht auf allgemeinen Modellen beruht, sondern auf anpassungsfähigen und lernenden Prozessen.

Erst in der Verknüpfung dieser drei Perspektiven wird deutlich, was Verantwortung im Städtebau heute bedeutet: sie ist keine Frage besseren Wissens, sondern eine Frage organisatorischer und kultureller Voraussetzungen. Verantwortung zeigt sich nicht in der Vielzahl von Maßnahmen oder Programmen,

sondern in der Fähigkeit, unter Unsicherheit handlungsfähig zu bleiben, Prozesse offen zu halten und Entscheidungen bewusst zu begrenzen.

Dass sich trotz vorhandenen Wissens wenig verändert, ist vor diesem Hintergrund weniger als fehlende Erkenntnis zu verstehen, sondern als Ausdruck der komplexen organisatorischen, finanziellen und administrativen Rahmenbedingungen, unter denen Planung heute stattfindet. Diese Rahmenbedingungen begünstigen Steuerung, Rechtssicherheit und Umsetzbarkeit, während Moderation, Aushandlung und das bewusste Offenlassen von Entscheidungen institutionell kaum anerkannt oder abgesichert sind.

Vor diesem Hintergrund verschiebt sich die Verantwortung im Städtebau von einem allgemeinen Anspruch auf Aktivierung hin zu einer bewussten, kontextbezogenen Haltung. Verantwortliche Entscheidungsfähigkeit bedeutet in diesem Zusammenhang nicht, möglichst viel zu verändern, sondern abzuwägen, wann, wie – und auch ob eingegriffen wird. Besonders im Umgang mit Bestand, Leerstand und knappen Ressourcen zeigt sich verantwortliches Handeln nicht in möglichst vielen Maßnahmen, sondern in der Fähigkeit, zwischen Aktivität und Zurückhaltung zu entscheiden und Stadt- und Ortsentwicklung als offenen Lern- und Aushandlungsprozess zu verstehen.

In Folgeuntersuchungen sollte daher analysiert werden, ob sich die hier vorgestellte dialogische und prozessorientierte Variante der Verantwortungsverhandlung in der kommunalen Planungspraxis langfristig besser bewährt als herkömmliche, stärker instrumentell geprägte Steuerungsmodelle.

8 LITERATUR

- ARMENGAUD, Matthias; DEGROS, Aglaée; RADULOVA-STAHMER, Radostina; eds.: *Towards Territorial Transition*, Zürich: Park Books, 2023.
- ALBERS, Hans-Hermann; SUWALA, Lech: *Räumliches Unternehmensengagement (Corporate Spatial Responsibility) und Ortsführung (Place Leadership) in Kleinstädten. Perspektiven für eine neue Ortsführung? Eine Zusammenführung von zwei Diskursen*, ISR-Forschungsberichte, Berlin, 2020.
- BLOMLEY, Nicholas: *The Boundaries of Property: Complexity, Relationality, and Spatiality*. *Law & Society Review*, Volume 50, Number 1, 2016, 224–255.
- CRESWELL, John W.; POTH, Cherly N.: *Qualitative Inquiry and Research Design. Choosing Among Five Approaches*. 4th ed. Thousand Oaks (CA): Sage Publications, 2018
- DEGROS, Aglaée; SCHWAB, Eva; eds.: *Territorial Urbanism Now! Call for a social and ecological urban planning and design*, Jovis Verlag, Berlin, 2024.
- EUROPEAN COMMISSION: *A Renovation Wave for Europe – greening our buildings, creating jobs, improving lives*. Communication from the Commission to the European Parliament, the Council, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions. COM(2020) 662 final, Brussels, 14.10.2020
- FLICK, Uwe; VON KARDORFF, Ernst; STEINKE, Ines (Hg.): *Qualitative Forschung. Ein Handbuch*. 8. Auflage, Reinbek: Rowohlt, 2010.
- FLYVBJERG, Bent: *Social Science and Policy Challenges. Democracy, values and capacities*. UNESCO Publishing, S.25–56.
- GROAT, Linda N.; WANG, David: *Architectural Research Methods*. Second Edition: Wiley, 2013.
- MAYRING, Philipp; FENZL, Thomas: *Qualitative Inhaltsanalyse*. In: BAUR, Nina; BLASIUS, Jörg (eds.): *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung*, 2019, S.663-648.
- HEALEY, Patsy: *Collaborative Planning. Shaping Places in Fragmented Societies*. 2nd ed., Basingstoke: Palgrave Macmillan, 2007.
- NERDINGER, Winfried: *Konstruktion und Rekonstruktion historischer Kontinuität*, in: Knochenhauer Amtshaus, S.149-165.
- NOWOTNY, Helga; SCOTT, Peter; GIBBONS, Michael: *'Mode 2' Revisited: The New Production of Knowledge*. In: *Minerva*, Vol. 41, Issue 3, 2003, pp. 179-194.
- OSWALT, Philipp (Hg.): *Schrumpfende Städte; Band 1: Internationale Untersuchungen*, Hatje Cantz Verlag, 2004.
- TECHNISCHE UNIVERSITÄT GRAZ, Institut für Städtebau/Institut für Wohnbau: *Tischgespräche – Strategien für Leerstand und öffentlichen Raum im demographischen Wandel*. Interdisziplinäres Diskussionsformat, Graz 05.11.2024; 31.03.2025; 04.12.2025.
- TECHNISCHE UNIVERSITÄT GRAZ, Institut für Architekturtheorie Kunst- und Kulturwissenschaften: *Architectural Research. PhD-Seminar der Doctoral School. Vorträge und Diskussionen mit Winfried Nerdinger*, Graz, 23.–24.10.2025. (unveröffentlichte Lehrveranstaltung)
- TECHNISCHE UNIVERSITÄT GRAZ, Institut für Architekturtheorie Kunst- und Kulturwissenschaften: *Architectural Research. PhD-Seminar der Doctoral School. Vorträge und Diskussionen mit Ward Verbakel*, Graz, 27.–28.11.2025. (unveröffentlichte Lehrveranstaltung)
- VERBAKEL, Ward: *Village Chatter in Flanders. The Articulation of a Pattern Language for Contemporary Village Transformations*. In: *OASE 117 – Project Village*, Rotterdam: nai010 publishers, 2024, S. 106-144.
- YANOW, Dvora: *Conducting Interpretive Policy Analysis*. Thousand Oaks (CA): Sage Publications, 2000.

9 APPENDIX

Der folgende Appendix listet die eingeladenen Gäste und Vortragenden der Symposiumsreihe „Tischgespräche – Strategien für Leerstand und öffentlichen Raum im demographischen Wandel“ auf, die die empirische Grundlage dieses Beitrags bilden. Die Auflistung dient der Transparenz des Forschungssettings.

Tischgespräch 1.0 – Strategien für Leerstand und öffentlichen Raum im demographischen Wandel

05.11.2024, 11:30Uhr, Technische Universität Graz/Kroneshalle/Krongesgasse 5/1.OG

BEGRÜSSUNG: Andreas Lichtblau Institut für Wohnbau; Aglaée Degros Institut für Städtebau

MODERATION: Michael Heil Institut für Wohnbau

VORTRÄGE VON:

Julian Radl, Masterarbeit 2024 Altersgerecht Wohnen im ländlichen Raum, gesprochen von Michael Heil

Fatma Alegöz Masterstudio2024 Park [re]sidency Rottenmann

Zeynep Bilici

Selina Haingartner

Sandra Zach, Masterarbeit 2020: Alt werden in Würde; alternative Wohnformen im ruralen Raum

Katharina Schlick, Masterarbeit 2017: Nimm Platz Jagerberg: Alternatives und integratives Generationenprojekt

Nina Fank Habe, Dissertation: Autonome Lebensweise im Alter Rigorosum 2025

Sandra Freudenthaler, Masterarbeit 2021: Alter[nativ]raum – ein Leitfaden für altersfreundlichen öffentlichen Raum

GÄSTE: Sabine Vogl, TU Graz/Koordinationsstelle Doktoratsstudien; Ingrid Moder, Abteilung 17/Landes- und
Regionaleentwicklung; Michael Sebanz, Abteilung 15/FA Energie und Wohnbau; Anna-Christina Kainradl, KFU
Graz/CIRAC; Matteo Sattler, KFU/Healthy Streets; Johannes Maier, Volkskundemuseum; Thomas Kain, studio magic;
Thomas Kalcher, studio magic.

Tischgespräch 2.0 – Strategien für Leerstand und öffentlichen Raum im demographischen Wandel

31.03.2025, 16:00 Uhr, Technische Universität Graz/Alte Technik/HS II/KG

BEGRÜSSUNG: Michael Monsberger, Rektorat TU Graz; Andreas Lichtblau Institut für Wohnbau; Aglaée Degros, Institut für
Städtebau

MODERATION: Michael Heil, Institut für Wohnbau; Karina Brünner, Institut für Städtebau

VORTRÄGE VON

Lukas Schneider: Vertiefungsmodul Wachstum ohne Bodenverbrauch? Raumplanung WiSe24/25

Julian Radl, Masterarbeit 2024: Altersgerecht Wohnen im ländlichen Raum

Daniel Laggner-Hofer, Masterarbeit 2025: Raum für die Bevölkerung von Radenthein: Alternative Handlungskonzepte für die
Neunutzung von Leerstand in ländlichen Gebieten

Melina Sehn, Vertiefungsmodul Wachstum ohne Bodenverbrauch? Raumplanung WiSe24/25

Theresa Hammerl, Masterarbeit 2024: Altern im Zentrum: eine Alternative zur Einfamilienhaus-Erzählung

GÄSTE

Michael Monsberger, TU Graz/Vizekanzler; Sabine Vogl, TU Graz/Koordinationsstelle Doktoratsstudien; Ingrid Moder, Abteilung
17/Landes- und Regionaleentwicklung; Stefan Spindler, Abteilung 17/Landes- und Regionaleentwicklung; Gerhard
Vötsch, Abteilung 17/Landes- und Regionaleentwicklung; Robert Jansche, Abteilung 15/FA Energie und Wohnbau;
Anna-Christina Kainradl, KFU Graz/CIRAC; Johannes Maier, Volkskundemuseum; Thomas Kain, studio magic;
Thomas Kalcher, studio magic; Lore Stangl, metatektur; Josef-Matthias Printschler, metatektur; Peter Reitmayr,
reitmayr architekten; Gerhard Mitterberger, Arch DI Mitterberger Gerhard ZT GmbH

Tischgespräch 3.0 – Strategien für Leerstand und öffentlichen Raum im demographischen Wandel

04.12.2025, 17:00Uhr, Technische Universität Graz/Alte Technik/HS II/KG

BEGRÜSSUNG: Andreas Lichtblau, Institut für Wohnbau; Aglaée Degros, Institut für Städtebau

MODERATION: Michael Heil, Institut für Wohnbau; Karina Brünner, Institut für Städtebau

VORTRÄGE VON

Miriam Kuhn, Masterarbeit 2025: Platz für die [Bau]Wende. Zentrum für Zirkuläres Bauen und Handeln. Berlin Kreuzberg

Petra Andricic, Projektübung SoSe25 Housing 2nd: Frohnleiten

Johannes Leiter, Projektübung SoSe25 Housing 2nd: Frohnleiten

Lukas Unger

Christoph Paulegger

Florentine Rom, Masterarbeit 2025: Von Leerstand zu Lebensraum. Nachhaltige und soziale Nachverdichtung im industriellen
Bestand

Marius Birnbreier, Masterarbeit 2025: Zwischen Garantie und Autarkie: Selbstverantwortungsräume als Beitrag zur territorialen
Gerechtigkeit in peripherisierten Gemeinden

GÄSTE

Ingrid Moder, Abteilung 17/Landes- und Regionaleentwicklung; Stefan Spindler, Abteilung 17/Landes- und Regionaleentwicklung;
Gerhard Vötsch, Abteilung 17/Landes- und Regionaleentwicklung; Sebastian Reiter, Abteilung 17/Landes- und
Regionaleentwicklung; Katja Fabian-Glawischnig, Abteilung 17/Landes- und Regionaleentwicklung; Matteo Sattler,
KFU/Healthy Streets; Markus Monsberger, TU Graz/Healthy Streets; Nina Neundorfer, KFU/Healthy Streets; Nicole
Pruckermayr, Steirische Kulturinitiative; Thomas Kalcher, studio magic; Lore Stangl, metatektur; Josef-Matthias,
Printschler metatektur



Abb. 2: Interdisziplinäres Diskussionsformat der Symposiumsreihe „Tischgespräch“ an der TU Graz am 31.03.2025, (c) GAM.lab